

Adressenverzeichnis

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Zeugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 5. April 1930

Nummer 28

Bekanntmachung

Drucklegung des neuen Tarifs

Der neue Manteltarif ist im Druck und der Versand wird demnächst beginnen. Der Preis für ein Stück ist einschließlich Versand- und Postspesen wieder auf 30 Pf. festgesetzt.

Bestellungen auf den Tarif sind von den Gau-, Bezirks- oder Ortsvereinen unter Voreinsendung des Betrages an den Verbandsvorstand, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5, zu richten. Die eingehenden Bestellungen werden nur ausgeführt, wenn der Stückpreis vorher auf das Postcheckkonto Berlin Nr. 102387 (Bruno Schweinitz) überwiesen ist. Der Checkabschnitt kann für die Bestellung benutzt werden.

Berlin, den 3. April 1930.

Der Verbandsvorstand.

Regierungskrise und Gewerkschaften

Am 27. März ist im Reich die große Koalition auseinandergefallen. Das Kabinett Hermann Müller ist nicht gekürzt worden in offener Feldschlacht im Plenum des Reichstags, es haben sich wohl auch kaum besonders dramatische Szenen abgepielt, eher es auseinanderging, sondern es ist dem Reichstagspräsidenten ein Teil seiner Minister weggefallen, weil — ein Schachergeschäft nicht aufkam kam. Der volksparteiliche Finanzminister ergriß zuerst die Initiative, die vom Zentrum folgten ihm und so mußte das Gesamtkabinett demissionieren.

Es ging dabei um die Arbeitslosenversicherung. Seit dem Niedergang der Konjunktur, seit dem gewaltigen Ansteigen der Arbeitslosenziffer bedeutete die im Arbeitslosenversicherungsgesetz festgelegte Darlehenspflicht des Reiches für dieses ohne Frage eine starke Belastung, weil die von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung aufzubringen Beiträge nicht ausreichen, um die anlaufenden Verpflichtungen zu decken. Das Reich hat Hunderte von Millionen dabei zuschießen müssen und der schlechte Stand seiner Finanzen ist zum erheblichen Teil darauf zurückzuführen. Das ist bekannt. Es soll hier nicht auf die Einzelheiten eingegangen, sondern nur das Kampfsobjekt herausgestellt werden.

Der Volkspartei und der hinter ihr stehenden Großindustrie paßt nun aber die Arbeitslosenunterstützung grundsätzlich noch weniger als die andere Zweige der Sozialversicherung. Die Arbeitslosenversicherung greift mit in den Lohnbildungsprozess ein. Zu den den Unternehmern willkommenen Begleiterleistungen der industriellen Reservearmee gehört vor allem, daß deren Mitglieber, vom Hunger getrieben, sich zu jedem Lohn anbieten und so die Löhne nach dem Gesetz von Nachfrage und Angebot herabdrücken. Und dieses Gesetz wird durch die Arbeitslosenversicherung wenn auch nicht beseitigt, so doch erheblich gemildert. Das scheint den Unternehmern selbst im Zeitalter der Rationalisierung, wo der Lohnanteil am Produkt immer mehr vermindert wird, unerträglich. Und wenn dann noch hinzukommt, daß die Finanzen des Reiches darunter leiden, dann darf man nicht etwa Mittel suchen, die die Arbeitslosigkeit verringern, sondern dann müssen den Arbeitern die Lasten der Rationalisierung in vollem Umfang aufgebürdet werden. Das heißt, die Arbeitslosenunterstützung ist zu kürzen, damit der Unternehmer freie Hand hat auf dem Arbeitsmarkt.

Andererseits steht fest, daß das Reich gesunde Finanzen haben muß. Diese zu schaffen ist auch das Ziel der Sozialdemokratischen Partei gewesen, und bei der Finanzreform konnte an einem das Reich so stark belastenden Punkt, wie es die Arbeitslosenversicherung nun einmal ist, nicht vorbeigegangen werden, ohne zu prüfen, ob sich da nichts verbessern ließ. Die Sozialdemokratische Partei weiß natürlich auch, daß die Beiträge, die für Versicherungszwecke von den Arbeitern zu tragen sind, nicht niedrig sind. Aber bei der hohen Bedeutung, die die Arbeitslosenversicherung nicht nur für die Arbeitslosen, sondern auch für die Arbeitenden hat, blieb schließlich nichts anderes übrig als eine Beitragserhöhung, wobei zugleich die Darlehenspflicht des Reiches, die praktisch eine Zuschußpflicht

ist, nicht beseitigt werden durfte. In dem langwierigen Hin und Her sind schließlich auch Reichskabinett und Reichsrat zu dieser Auffassung gekommen. Beide wollten dem Reichstag vorschlagen, daß der Beitrag bis auf 4 Proz. erhöht werde und die Darlehenspflicht des Reiches uneingeschränkt bestehen bleiben sollte. Dem widersetzte sich aber die Volkspartei, und schließlich hatten sich die Parteien mit einem vom Zentrum und den Demokraten vorgelegten Kompromißvorschlag zu beschäftigen, der darauf hinausging, daß das Reich Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung zu geben habe, deren Höhe alljährlich im Reichshaushalt festgesetzt werden sollte; für das Rechnungsjahr 1930 sollte der Zuschuß 150 Mill. M. betragen; der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung sollte, wie gegenwärtig, 3½ Proz. betragen; wenn die Reichsanstalt mit ihren Mitteln einschließlich Reichszuschuß nicht ausreichte, dann sollte das Reich Darlehen mit der Maßgabe gewähren, daß die Reichsregierung ein Gesetz vorzulegen habe, das erstens entweder durch Beitragserhöhung die Rückzahlung der Darlehen sichern, oder zweitens durch eine Reform des Arbeitslosenversicherungsgesetzes den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen oder drittens dem Reich die notwendigen Mittel zur Deckung der Darlehen zuführen sollte.

Dieser Vorschlag hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion abgelehnt. Sie konnte gar nicht anders. Zehermann in der Fraktion wußte, wie es jeder andere, der es wissen will, auch weiß, daß selbst bei weitgehender Besserung der Wirtschaftslage der Zuschuß von 150 Mill. Mark nicht ausreichte, sondern ein erhebliches Defizit zurückbleiben würde. Von einer Sanierung der Reichsanstalt konnte keine Rede sein. Es hätte im Herbst dann einer der drei vorgeschlagenen Wege eingeschlagen werden müssen, die entweder zur Beitragserhöhung oder zur Massenbelastung durch neue Steuern oder drittens zum Abbau der Leistungen geführt hätten.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß schon beim Finanzausgleich die Massenbesteuerung nicht zu umgehen ist, daß andererseits im Herbst Steuerermäßigungen kommen sollen, die aber nur die Steuerlasten der Besessenen leichtern machen werden. Mit dieser Entlastung der Besessenen wäre günstigstenfalls eine neue Besteuerung der Massen einhergegangen zur Erhaltung der Arbeitslosenversicherung. Günstigstenfalls, denn die Volkspartei hätte im Herbst der Beitragserhöhung einen noch größeren Widerstand entgegenzusetzen können, weil, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Vorschlag angenommen hätte, sie damit in Aussicht gestellt hätte, auf einen Abbau der Leistungen eventuell einzugehen. Aus dieser Lage hätten die bürgerlichen Parteien die Sozialdemokraten nicht mehr herausgelassen, sie hätten sie ganz unheimlich festgehalten, und es wäre nichts anderes herausgekommen als die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung.

Ein solches Versprechen konnte die sozialdemokratische Fraktion nicht abgeben, und darum ließ die Koalitionsregierung auseinander. Deshalb ganz allein. Was wäre im Herbst geschehen, wenn die Sozialdemokraten ihr Versprechen abgeben und dann nicht gehalten hätten? Dabei war sich die Fraktion vollständig klar, welche Konsequenzen ihr Beschluß haben konnte.

Nun geht ein Raunen durch gewisse Kreise: Der Vorstand des ADGB habe die Regierung Müller gestützt, denn er habe in der Fraktionsitzung die Erklärung abgegeben lassen, daß er den Kompromißvorschlag nicht nur nicht annehmen könne, sondern daß er ihn auch dann bekämpfen müsse, wenn ihm die Fraktion zustimmen werde. Es ist richtig, diese Erklärung ist abgegeben worden. Aber zu Ehren der sozialdemokratischen Fraktion sei auch hier festgestellt, daß sie auch ohne diese Erklärung den Vorschlag abgelehnt hätte. Die Erklärung des Vorstandes des ADGB hat keine neue Situation geschaffen. Der Legendebildung wegen sei dies nachdrücklich betont.

Und wenn auch der oder jene Staatsmann mit dem Kopf schütteln sollte, es sei auch ausdrücklich gesagt: der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes konnte gar keinen anderen Beschluß fassen.

Staatsmännische Erwägungen in allen Ehren, aber wir dürfen darüber nicht vergessen, wodurch wir wurden, was wir sind. Wir sind groß und stark geworden, weil wir rücksichtslos die Interessen der Arbeiter vertreten. Das gilt von der Partei und den Gewerkschaften. Der Seibung der Lage der Arbeiterklasse gibt unsre Arbeit, wo sie auch verrichtet wird, in den Gewerkschaften, in der Partei, in

den Parlamenten, in den Regierungen usw. Weil die Arbeiter das wissen, darum stehen sie hinter uns, und nur weil sie hinter uns stehen, nur deshalb sind wir etwas. Das gilt auch von den Staatsmännern in den Reihen der Arbeiterorganisationen. Zum Führer gehört eine Gefolgschaft, und auch der beste Staatsmann ist ohne Gefolgschaft kein Führer, sondern ein Eingänger. Wir dürfen das Vertrauen der Arbeiter zu uns nicht erschüttern, wir dürfen die Meinung nicht aufkommen lassen, als seien wir unsichere Kantonnisten.

Das schließt noch lange nicht in sich, daß wir den Arbeitern nicht auch ihnen unangenehme Wahrheiten sagen sollen. Das haben wir bisher auch getan, und die geringere Popularität der Gewerkschaftsführer, gemessen an der der Parteiführer, hat ihre Ursache darin, daß gerade die Gewerkschaftsführer am häufigsten verpflichtet sind, unangenehme Dinge zu vertreten. Und doch gibt es keine Organisation, die sich an Stärke mit den Gewerkschaften messen kann. Die Arbeiter vertragen also auch unangenehme Dinge, aber eine klare Linie wollen sie sehen, und von dieser klaren Linie wären wir in jammervoller Weise abgewichen, wenn wir den Vorschlag angenommen hätten.

Die Arbeiterbewegung gilt es zusammenzuhalten, und darauf liegt mehr staatspolitisches Tun als hinter manch anderer Tätigkeit. Wer anders als die festgefügte Arbeiterorganisationen ist die feste Stütze der demokratischen Republik? Wer ist ein besserer Träger der deutschen Einheit? Wer fördert mehr den kulturellen Aufstieg der Menschheit als die Arbeiterbewegung? Es ist also nicht engstirnige Interessenpolitik, die wir vertreten.

Un-losch engstirniger Politik ist das Kabinett Müller gescheitert. Aber die Volkspartei war es, die sie getrieben hat. Auf Befehl der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hat sie den Finanzminister Moldenhauer veranlaßt, die Regierungsvorlage im Stich zu lassen. Der Brief Borkjers und Bauweilers, der am 1. April im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist, behebt jeden Zweifel. Und wenn die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Vorstandes des ADGB noch einer Rechtfertigung bedürftig hätte, dieser Brief hätte sie gebracht. Was die nächsten Wochen auch bringen mögen, Partei und Gewerkschaften werden den Kampf aufnehmen und zum erfolgreichsten Ende führen.

Die sozialen Machtverhältnisse

Revolutionen haben noch immer teilweise oder dauernde Umschichtungen der sozialen Kräfte zur Folge gehabt. Ja, diese herbeizuführen, ist ihr Zweck. Die Verlagerung der Machtverhältnisse findet ihren äußeren Niederschlag im Wandel der Staatsform und ihrer Verfassung. Hierbei ist der Weltkrieg für die meisten europäischen Staaten zu einem Wendepunkt ihrer Geschichte geworden. In Rußland wurde der Zarenismus durch die Rätebikatur abgelöst; Italien ging den Weg von der Monarchie zum Faschismus; Polen, Litauen und teilweise auch Spanien werden nach kurzen demokratischen Intermissionen Diktaturen, meist militärischer Färbung, ausgeliefert; in Österreich und Deutschland trat die demokratische Republik die Nachfolgerschaft selbstherrlicher Monarchen an. Aber auch in den alten westeuropäischen Demokratien machten sich gewaltige Kräfteverschiebungen im gesellschaftlichen und politischen Leben bemerkbar. Nur vollzogen sie sich dort, wenn man so sagen darf, legal, d. h., das System blieb unberührt, aber in ihm begannen andre Kräfte zu wirken. So haben wir nach Beendigung des Weltkrieges in England, wo die alte demokratische Verfassung blieb, schon zweimal eine Arbeiterregierung am Ruder gesehen, gestützt auf eine Partei, die in Vorkriegszeiten im politischen Leben des weltbeherrschenden Inselreichs kaum Beachtung fand.

Da die Gewerkschaften in dem großen sozialen Ringen in ganz hohem Maße mitentscheidend sind, so mögen ihrer Bedeutung unter den durchaus veränderten Machtverhältnissen einige Betrachtungen gewidmet sein, die sich aber auf die deutschen Verhältnisse beschränken sollen. Die Monarchie ist im Novemberumsturz durch die Demokratie abgelöst worden, wodurch die Politik des Reiches, deren wichtigster Faktor die Gesetzgebung ist, den Händen des allein entscheidenden Monarchen entwandten und dem Volke übertragen wurde. Volksgesetzgebung des politischen Willens wurden die politischen Parteien. Die Macht über den Staat geht also jetzt über die politische Partei und deren Wähler und Anhänger. Damit sind Wähler und An-

hänger zum vorkommenden Objekt geworden, und da die überwältigende Mehrheit der wachsenden deutschen Staatsbürger aus Arbeitern besteht, so sind diese von allen Parteien, ob fortschrittlich oder reaktionär, ob sozialistisch oder kapitalistisch, der am meisten unvorbelebte Teil politischer Propaganda. Die offene Parole, die Löhne abzubauen, die Arbeitszeit zu verlängern und die sozialen Einrichtungen zu heftigen, bedeutet heute auch für die Gruppen, die diese Ziele verwirklichen wollen, Herabsetzen der Einstufungszeit, wenn nicht gar den politischen Tod. Wir sehen also, welche unfaßbaren Wirkungen hier von der Demokratie auf die Meinungsformung ausgehen. Dabei sind, wie schon erwähnt, die antisozialen Ziele geblieben, geändert hat sich nur die Begründung dafür, wodurch aber das soziale Ringen sehr viel unübersichtlicher und damit schwieriger geworden ist.

Gewiß gibt es auch heute noch bei den Gruppen des Volkes, die in der erstarren und immer mehr erstarrenden Macht der Arbeiterkraft die größte Gefahr für ihr Wohlergehen sehen, politische Tölpel.

Hier muß schon geschäftiger gearbeitet werden. In dem großen sozialen Streit, in dem die Interessen zwischen Arbeiterkraft und Besitz ausgetragen werden, wo also die Gewerkschaften und die Unternehmerverbände die Hauptkampfparteien sind, fällt vielfach die Staatsmacht zur letzten Entscheidung. Das gilt ganz zweifellos für die Gestaltung sozialer Gesetzgebung wie auch für die Art der Aufbringung der über die öffentlichen Haushalte gehenden Mittel und ihre Verwendung. Es gilt dieser Grundgedanke bis zu einem gewissen Grade aber auch für die Bemessung von Lohn und Arbeitszeit, wo durch Schlichterbestellung und Verbindlichkeitsklärung dem Staate ein weitgehendes Eingriffsrecht gegeben ist. Nun zielt die moderne Unternehmerpropaganda darauf ab, über die öffentliche Meinung den Staatsgewalt zu suggerieren, die Arbeiterkraft sei so stark, daß sie die Hilfe des Staates nicht notwendig habe, sondern ganz im Gegenteil dieser dem hart bedrängten Unternehmertum zu Hilfe eilen müsse. Dabei wirkt es ganz komisch, daß diese Propaganda von denselben Stellen betrieben und geführt wird, die im gleichen Atemzuge den Gewerkschaften das Recht zur Vertretung der Interessen der Gesamtarbeiterkraft absprechen, weil diese infolge ihrer „Schwäche“ nur für einen kleinen Teil der Arbeiterkraft zu sprechen berechtigt seien. Das ist zwar ein klaffender Widerspruch, aber es wird eben immer gerade das Gegenteil gezogen, das man jeweils braucht. Und im Augenblick sind die Gewerkschaften nach Arbeitgebermeinung so stark, daß ihre Macht alles Wirtschaftsheil verurteilt.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat in ihrem letzten Geschäftsbericht dafür ganz beachtliche Momente ins Feld geführt, die nur den einen Mangel haben, daß sie immer stimmen, das soll heißen, daß sie wie wir gleich sehen werden, auch nicht stimmen, wenn die Voraussetzungen gerade gegenteilig gelagert sind. In dem erwähnten Geschäftsbericht wird nämlich gesagt, die Gewerkschaften seien besonders stark in Zeiten der Wirtschaftskrise. Der Gewerkschaftspraktiker wird ja meistens gegenteilige Erfahrungen gemacht haben, aber die Begründung der Arbeitgeberverbände ist so interessant, daß der entscheidende Abschnitt hier wörtlich wiedergegeben werden soll. Er lautet: „Die Einstellung der Öffentlichkeit zu dieser Politik beachtet zu wenig die Tatsache, daß sich das Machtverhältnis zwischen der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite seit einer Reihe von Jahren zweifellos völlig zugunsten der Arbeitnehmerseite verschoben hat. Diese Machtverschiebung, durch soziologische und wirtschaftliche Faktoren bedingt, vergrößert sich in Zeiten, in denen der Einzelunternehmer unter Absatzmangel und Kapitalnot auf das schwerste zu leiden hat. Gerade in Zeiten von Kapitalnot und schwierigen Geldmarkverhältnissen kann die gewerkschaftliche Macht den Unternehmer leicht zwingen, Lohnzusatzleistungen zu machen, die den wirtschaftlichen Verhältnissen seines Betriebes nicht entsprechen, und zwar nur deshalb, weil das Ausbrechen eines Arbeitskampfes ihn in eine sofortige unhaltbare Lage setzen und die Abnehmer oder Gläubiger gegenüber bringen würde. Der Unternehmer muß es vorziehen, dieser sofort drohenden Gefahr des Zusammenbruchs zu entgehen in der Hoffnung, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage ihm irgendwann und irgendwo schon wieder den Ausgleich der unter dem gewerkschaftlichen Druck entstandenen neuen Belastung ermöglichen werde.“ Nun wissen wir, daß wir in Zeiten der Kapitalknappheit und der Geldnot, also in den Zeiten der Wirtschaftskrise, besonders stark sind. Würde aber das abgelaufene Jahr ein Jahr wirtschaftlicher Hochkonjunktur gewesen sein, dann hätten wir mit Sicherheit lesen können, daß eben gerade dieser Umstand die Stärke der Gewerkschaften zur Folge gehabt habe, denn es drückt kein großes Arbeitslohnheer auf den Arbeitsmarkt, die Millionen von der Gewerkschaften zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder wurden zu Kampfzwecken frei, die Kampfbereitschaft hob sich, weil auch anderwärts Arbeitsmöglichkeiten bestanden, den Unternehmern konnte nicht zugemutet werden, die sich ihnen infolge der guten Wirtschaftskonjunktur bietenden Gewinnmöglichkeiten ungenützt zu lassen, weshalb sie lieber eine Lohnherhöhung in Kauf nahmen usw. Die Lehre daraus ist, es sei wie es wolle, die Gewerkschaften sind immer stark und mächtig, ob Krise herrscht oder Hochkonjunktur. In der Unternehmerpropaganda finden wir oft ganz ähnliche Darstellungen, die auch mit andern Argumenten gefüllt werden. So behauptete erst kürzlich noch Dr. Winkler in einer angesehenen Unternehmerzeitschrift, in einigen Gewerben und Kampfgebieten des sozialen Lebens gelte nicht mehr die alte Vorstellung, daß die Gewerkschaften und die Arbeitnehmerinteressen grundsätzlich schwächer seien als die Unter-

nehmer, wenn sich diese Tatsache auch bisher in der öffentlichen Meinung und im amtlichen Bewußtsein noch wenig durchgesetzt habe, denn die arbeitertreuen Betriebe werfen große Überschüsse an die Kampfbünde der Gewerkschaften ab. Daß er in demselben Aufsatze behauptet, die privatwirtschaftlichen Betriebe arbeiten ebenso gut, wenn nicht gar besser und am demzufolge annehmen darf, auch sie werfen Riesenerlöse ab, sei nur nebenher erwähnt. Eine Stellungnahme zu diesen Unternehmerbehauptungen erübrigt sich. Wir wollen nur feststellen, daß diese nicht etwa aufgestellt werden, um uns in unserm Gewerkschaftsstolz und unserm Selbstbewußtsein zu stärken, sondern ihr Zweck ist, dem Staate dadurch zu demonstrieren, daß wir seine Hilfe nicht notwendig haben. Das wollen wir recht gut beachten.

Wie sollen sich denn nun die politischen Gewalten der Arbeiterkraft gegenüber verhalten? Das erfahren wir gleich in der Einleitung des umfangreichen Berichts, „Die Füllerausgabe der Regierung legt ihr die Pflicht auf, die durch das Allgemeininteresse gezogenen Grenzen der Nachgiebigkeit gegenüber den Wünschen der Wähler zu erkennen und innezuhalten. Daß nach der Not des Krieges der Wunsch möglichst schneller Überwindung seiner menschlichen sozialen Folgen besteht, daß politischer Machtgewinn der breiten Masse von dem Streben nach entsprechender Hebung der Lebenshaltung begleitet ist, daß hierbei das Bedürfnis des Tages in den Vordergrund gestellt, die unbehagliche Forderung der Zukunft misachtet wird, ist bei den gegebenen Grundlagen der Willensbildung der großen Masse verständlich. Die hierin liegende Gefahr kann nur gebannt werden, wenn die Regierung und unter ihrer Führung auch das Parlament die Kraft zu weiterführender Betrachtung und unabhängiger Entschließung finden. Dieses Gegengewicht hat bei uns vielfach gefehlt, im Reich, in den Ländern und in den Kommunen.“ Mit andern Worten heißt das, die Regierung soll bei der Erfüllung der sozialen Forderungen der Arbeiterkraft mit dem Hinweis auf das Allgemeinwohl und Zukunftsbedenken bremsen oder gar taub sein. Aber letzten Endes bestimmen ja die, die sich gezwungen sehen, soziale Wünsche zu äußern und um ihre Erfüllung zu ringen, also die Arbeitermassen, indirekt auch die Zusammengehörigkeit der Regierung, wobei es ganz in ihrer Hand liegt, den Wünschen der Arbeitgebervereinigung entgegenzukommen — oder auch nicht.

Ebenfalls ist ein grundsätzlicher Wandel in der Kampftaktik der Unternehmer festzustellen, soweit das Ringen um Lohn, Arbeitszeit und Sozialpolitik in Frage kommt. Die alten Auffassungen, daß niedriger Arbeitslohn genüge, weil der über das Existenzminimum hinausgehende Lohnbeitrag falsch verwandt, verzerrt oder verpielt werde, daß Arbeitszeitverlängerungen falsch und überflüssig seien, weil die Arbeiterkraft ihre Freiheit nicht zu nützen vermag, sind heute fast ganz verschwunden. Die neue Unternehmerpolitik lautet anders, weil sich auch die Zeittäufel geändert haben. Hören wir sie nun aus dem Arbeitgeberbericht. Erstens zum Lohn. „Das deutsche Unternehmertum hat immer anerkannt, daß eine gesunde Wirtschaftsentwicklung auch von einem steigenden Einkommen der Arbeitnehmer, als den Mitarbeitern am Produktionsprozeß, begleitet sein muß.“ Zweitens zur Sozialpolitik. Hier macht sich der Bericht die Stellungnahme Dr. Helmut Poensgens zu eigen, ... daß es keiner ausdrücklichen Betonung bedürfe, wie sehr die deutsche Wirtschaft und speziell auch der deutsche Unternehmer von der Notwendigkeit einer Erhaltung der deutschen Sozialversicherung im Interesse der Sicherung der deutschen Arbeitskraft und der deutschen Volksgesundheit überzeugt sei.“ Drittens zum Schlichtungswesen. „Die deutsche Arbeitgeberkraft hat, wie wir in den früheren Berichten auseinandergesetzt haben, den Gebanzen des Schlichtungswesens als solchen nicht bekämpft.“ Mehr kann man ja kaum verlangen. Nur kommt hinter all diesen Erklärungen das große „aber“. Und dadurch wird die schönste und arbeitertreueste Stellungnahme nicht nur aufgehoben, sondern meist sogar in das direkte Gegenteil verkehrt. Die mannigfachen Abbauwünsche segnen dann unter dieser „aber“, verdrückt durch eine im vorhergehenden Satz abgegebene Liebeserklärung. Bei den Löhnen ... darf aber nicht übersehen werden, daß ein ständig steigendes Lohnneinkommen nur möglich ist, wenn die Lohnkosten für die Produktionseinheit ständig entsprechend gesenkt werden und wenn nicht gleichzeitig durch Erhöhung der Selbstkosten an anderer Stelle infolge einer weiteren Steigerung der oben angeführten Lasten die Bewegungskraft zur Lohnherhöhung genommen wird. Sonst führt stetige Lohnsteigerung zur Preissteigerung und über die Absatzkrise zur Arbeitslosigkeit.“ Also demnach dürfte das Interesse des Arbeiters, der ja zuerst einen Arbeitsplatz braucht, dadurch am besten gewahrt werden, daß das ständige Steigen des Lohnabkommens unterbleibt. Vom Unternehmerneinkommen, das, wenn es zu hoch bemessen ist und nicht den Weg über die Dividende geht, zur Kapitalvergeudung durch Festanlagen führt, ist an dieser Stelle des Berichts nichts gesagt. Ein Ausbau der deutschen Sozialversicherung ist nur in dem Umfange vorzunehmen, ... wie er mit der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der daraus entstehenden Aufwendungen vereinbar ist...“ Aus jahrelanger Erfahrung wissen wir, daß nach Unternehmermeinung die Wirtschaftslage diesen Ausbau, auch wenn er noch so notwendig ist, nie gestattet. Zum Schlichtungswesen ist ausgeführt, ... daß diese Politik kraftgesetzlicher Lohnfestsetzung für die Zeiten ruhiger Wirtschaftsentwicklung nicht gebilligt werden kann.“ Also eine Gegnerschaft

der Unternehmer besteht nur gegen den staatlichen Zwangseingriff beim Schlichtungsverfahren. Wenn die Gewerkschaften, gestützt durch die starken Geldzuflüsse aus den ihnen eigenen Unternehmungen, dazu noch begünstigt von jeglicher Wirtschaftskonjunktur, sei sie gut oder schlecht, so mächtig sind, warum fürchtet man dann das staatliche Eingreifen? Das alles hindert innere Widersprüche, die sich ergeben, weil die ganze Propaganda nie die richtigen Worte wählt und wählt will.

Mag noch einmal zusammengefaßt sein: Die veränderte Kampftaktik im sozialen Ringen ist eine Folge der veränderten machtpolitischen Verhältnisse. Der soziale Gegenspieler der Gewerkschaften ist durch sie gezwungen worden, andre Massen zu führen, die aber nicht minder gefährlich sind als die, mit denen die Arbeiterbewegung schon in ihren Anfängen niedergungen werden sollte. Vom Gewerkschaftsmittler fordert aber die veränderte Situation Verständnis für die komplizierter gewordenen Zusammenhänge und mehr denn je Opfermut und Disziplin.

Das Buchgewerbe im Ausland

Internationales Buchdruckersekretariat

Sitzung der Sekretariatskommission vom 27. März 1930

Auf Wunsch des norwegischen Zentralvereins für Buchdrucker wird in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit und der gegenwärtig-mühsamen Tarifbewegung mit dem Zeitungsverlegerverein in Oslo das norwegische Verbandsgebiet bis auf weiteres für jede Einreise gesperrt.

Der Sekretär machte Mitteilung davon, daß im Einverständnis mit den auswärtigen Mitgliedern der „Erweiterter“ die Sitzung der letzteren nun endgültig vom 17. bis 19. Mai dieses Jahres in Interlaken (Schweiz) stattfinden wird, daß die Bestrebungen zum Anschluß der englischen Buchdruckerverbände eifrig fortgesetzt werden und daß die Frage in England nun studiert wird, daß der jüdische Verband in Tel-Aviv im Mai dieses Jahres eine allgemeine Versammlung abhalten wird zwecks gemeinsamen Anschlusses an die Internationale und daß ein Teilstreit in Haifa zu einem schönen Erfolg für die Arbeiter geführt hat.

Der Abschluß eines neuen Manteltarifs in Deutschland wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und die aus den Verhandlungen sich ergebenden Resultate besprochen.

Der Bewegung im luxemburgischen Buchdruckerwerk zur Erhebung der anlässlich des Dezemberstreiks unerledigt gebliebenen Punkte wurde bester Erfolg gewünscht und der Hoffnung auf Überbrückung der bestehenden Schwierigkeiten Ausdruck gegeben.

Die norwegische Typographen-Gewerkschaft teilte mit, daß in Folge des Streiks verhindert werden konnte und daß das Ergebnis verschiedene Verbesserungen am neuen dreijährigen Tarif bringe, was die Kommission mit Befriedigung zur Kenntnis nahm.

Auf Mitteilung des norwegischen Verbandes steht im Zeitungsverlegerverein in Oslo ein Konflikt bevor wegen Weigerung der Unternehmer, einer gerechten Forderung auf Lohnherhöhung für die Zeitungsetzer nachzugeben. Wenn die Verhandlungen vor dem öffentlichen Schlichter scheitern würden, wäre die Kündigung der betreffenden Personale die Folge. Die Kommission gab dem geäußerten Wunsch auf Veröffentlichung der Sperre des norwegischen Verbandsgebietes statt und wird die Bewegung auch weiterhin aufmerksam verfolgen.

Die bevorstehende Tarifbewegung im schweizerischen Buchdruckerwerk wurde einer kurzen Besprechung unterzogen, ein Beschluß aber noch aufgeschoben.

Kollege Nemecek (Prag), Mitglied der Erweiterter Sekretariatskommission, wünscht die baldige Inkraftsetzung des Austausch junger Gesellen, und zwar schon für das Jahr 1930. Die Kommission begreift diesen Optimismus, da der Verband in der Tschechoslowakei mit Prinzipalität und Regierung in dieser Frage einig ist und mit dem Austausch sofort beginnen könnte. Die Kommission stellte fest, daß die Angelegenheit durch verschiedene Verbände lebhaft gefördert wird, daß aber eine größere Anzahl der Sache skeptisch gegenübersteht. Das Sekretariat wurde beauftragt, das gesamte bis jetzt eingegangene Material zusammenzustellen und dann zu veröffentlichen; einestheils, um dem Wunsch des Kollegen Nemecek gerecht zu werden, andernteils, um den Verbänden Kenntnis zu geben vom Vorgehen in dieser so wichtigen Angelegenheit, die viel Geduld erfordert, aber schöne Früchte zeitigen wird.

Es soll gemeinsam mit der Lithographen-Internationale neuerdings der Versuch gemacht werden, die Grenzfreizügigkeit betreffend Offset- und Tiefdruck international zu vereinigen, um so den Weg zu ebnen für die seit längerer Zeit propagierte engere Zusammenarbeit der drei graphischen Internationalen. Wenn eine Einigung auf der Grundlage von zwischen den zwei internationalen Sekretariaten der Buchdrucker und der Lithographen zu vereinbarenden Richtlinien möglich gemacht würde, könnte eine gemeinsame Sitzung der drei Exekutiven schon für den Monat Mai ins Auge gefaßt werden; das Internationale Buchdruckersekretariat hat hierzu eine Grundlage ausgearbeitet.

Die für das Jahr 1930 vorhandenen und noch zu gewärtigenden Einladungen zu Verbandstagen wurden besprochen und vorläufig beschloßen, den internationalen Sekretär zu dem vom 11. bis 13. Mai in Cluj stattfindenden

Ferienheim der graphischen Arbeiterschaft



Blick in ein Zimmer



Ferienheim »Villa Maria« in Graal an der Ostsee



Schlafzimmer

Die graphische Arbeiterschaft besitzt in Graal an der Ostsee ein schönes Ferienheim. Seit dem Jahre 1921 wird dasselbe durch die „Ferienheimstätten-Genossenschaft Gutenberg“ bewirtschaftet. Zweck der Gründung dieser Genossenschaft war es, den Angehörigen der graphischen Berufe und ihren Familien billigen Ferienaufenthalt zu ermöglichen. Die Erwerbung eines gut gebauten und gut eingerichteten Hauses in dem mecklenburgischen Ostseebad Graal bot dazu die Gelegenheit. Der Genossenschaft sind heute die vier großen graphischen Gewerkschaften, der Verband der Deutschen Buchdrucker, der Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter und der Verband der Lithographen und Stein-drucker korporativ angeschlossen. Die Mitglieder dieser Verbände und deren Familien finden im Heim Aufnahme. Das Heim ist von Anfang Mai bis Ende September geöffnet. Im Heim stehen rund 45 Betten zur Verfügung. Es sind Einzelzimmer und Zimmer mit zwei und mehr Betten vorhanden. Alle Zimmer sind solide und geschmackvoll eingerichtet und haben zum größten Teil Veranden. Der Aufenthaltspreis ist den örtlichen Verhältnissen nach gering bemessen. Es wird eine Miete je nach Lage der Zimmer pro Bett und Tag von 1,50 bis 2 M. erhoben; für Kinder von zwei Jahren aufwärts sind 50 Pf. pro Tag zu zahlen. Für die Verpflegung werden pro Tag und Person 3 M., für Kinder von 10 bis 14 Jahren ebenfalls 3 M., von 6 bis 10 Jahren 2 M. und von 2 bis 6 Jahren 1,50 M. berechnet. Die Miete schließt die Kosten für Bettwäsche und elektrisches Licht

ein. Alle Maßnahmen werden in einem hellen und farbenfroh ausgestatteten Speisesaal gemeinsam eingenommen. Die Leitung des Heims ist einer Oberin übertragen worden. Außerdem sorgen ein Hausdiener, eine Köchin, zwei Küchenmädchen und zwei Stubenmädchen für das Wohl untrer Gäste. Besondere Bedienungsgelder werden nicht erhoben.

Der Badeort Graal liegt an der Bahnstrecke Rostock—Rüdershagen—Mütz. Das nächstgelegene größere Ostsee-

bad ist Warnemünde. Wandervolle waldbreiche Umgebung zeichnet Graal vor vielen Ostseebädern besonders aus. Der herrliche breite Strand ist ein angenehmer Tummelplatz für die badefreudigen Gäste. Aber auch wer weniger Wert auf das kalte Seebad legt, kann hier anregende Spaziergänge machen oder sich in einem bequemen Strandkorb, den das Heim selbst billig vermietet, an den Schönheiten des Seebades erfreuen. Die breite Strandpromenade mit vielen Ruhebänken und besonders die große Seebühne sind beliebte Ziele der Erholung suchenden Kur-



Strand mit Seebühne

gäste. Der Aufenthalt in Graal ist zu jeder Jahreszeit empfehlenswert, da seine durch viel Wald geschützte Lage selbst bei weniger schönem Wetter noch angenehme Ausflüge möglich macht. Gelegenheit zu Boot- und Dampferfahrten ist ebenfalls vorhanden. Alle Jahre beweisen uns die Aufschreiben untrer Gäste, wie angenehm befriedigt sie durch den Aufenthalt in unterm Heim und in Graal selbst gewesen sind. Und viele freuen, wenn nicht wirtschaftliche Nöte sie fernhalten, als treue Freunde wiederholt bei uns ein. Wir versuchen im Heim selbst untern Gästen alle Annehmlichkeiten zu bereiten, und wir haben auch bei der Gemeindevertretung immer für untre Gäste eine Ermäßigung der Kurtaxe erwirkt. Darum bitten wir untre Berufsgenossen, wenn sie an die Festlegung ihrer Urlaubspläne gehen, sich um einen Aufenthalt in unterm Ferienheim zu bewerben. Die dort verbrachten Ferientage werden unvergessliche Eindrücke verschaffen. — Alle Aufschreiben betreffend Ferienaufenthalt in Graal sind zu richten an: Ferienheimstätten-Genossenschaft „Gutenberg“, Berlin S 42, Luisenfer 37.

Das politische Plakat

Das Plakat gehört heute zum unentbehrlichen und unbestrittenen Werbemittel auch in der politischen Propaganda. Besonders in politisch hochbewegten Zeiten, wie bei Wahlkämpfen usw., wird es in der verschiedensten Gestaltung den Parteien dienster gemacht. So verbrauchte die Sozialdemokratische Partei allein im letzten Wahlkampf annähernd 4 Millionen Plakate als Aufklärungsmittel.

Entgegen den breiten Ausführungen in Flugblättern, Zeitungen und besonderen Werbeschriften muß das Plakat in knapperer Form zu überzeugen versuchen, seine Wirkung hängt im wesentlichen von der einprägsamen bildlichen und kurzgefaßten textlichen Gestaltung ab. Das politische Plakat kann sich auch nicht wie das technische auf die gegenständliche Wiedergabe eines Fabrikproduktes beschränken, sondern muß durch symbolische Darstellung der politischen Idee auf die Masse wirken. Diese und andre Schwierigkeiten, die bei der Ausführung eines politischen Plakats zu beachten sind, bewog die Werbeabteilung der Sozialdemokratischen Partei, an ungefähr 60 als Gebrauchsgraphiker tätige Künstler und Künstlerinnen Deutschlands heranzutreten und sie zur Anfertigung eines werbewirksamen Entwurfs aufzufordern. Ob dieser Weg richtig war, soll nicht unterzogen werden, dies ergibt sich aus dem mehr oder weniger guten Erfolg, den das Ausschreiben selbst brachte. Es sei aber hier bemerkt, daß eine öffentliche Ausschreibung wahrnehmlich ein anderes Ergebnis gebracht hätte. Die künstlerische und propagandistische Seite wäre dadurch sicher nicht zu Schaden gekommen; es hätten sich dann aber auch selbstschöpferische Kräfte aus nicht „künstlerischen“ Berufen beteiligen können. Man spricht doch sonst so viel von Volkskunst! Hätte man sie durch den Wettbewerb nicht etwas anregen können?

Die Aufgabenstellung sah ein Plakat vor, das sich in allen Teilen Deutschlands zur dauernden Werbung für die Partei eignet. Die bildliche und textliche Gestaltung stand im Belieben des Künstlers. Ebenso war ihm die Wahl der Drucktechnik freigestellt. Als Preise fanden insgesamt 4000 M. zur Verfügung. Davon entfielen auf den Ersten Preis 1000 M., auf den Zweiten Preis 600 M., auf den Dritten Preis 400 M., außerdem waren acht Prämien zu je 200 M. und eine Zufahrprämie von 400 M. ausgeworfen. Der Bewertungsausschuß setzte sich zusammen aus den Professoren S. Baluschek, S. K. Frenzel und Max Wehstein sowie dem Vertreter des Parteivorstandes R. Ludwig.

Das Ergebnis dieses internen Wettbewerbs ist bis zum 14. April im Buchgewerbeamt des Verbandshauses der deutschen Buchdrucker in Berlin ausgestellt. Es ist lohnend, zu beobachten, mit welchen Mitteln die Künstler ihr Ziel zu erreichen suchten. Während einzelne durch symbolische Darstellung der Forderungen und Kämpfe die Ziele der Partei ausdrückten, wählten andre charakteristische Zeichen aus dem Arbeitsprozeß oder sonst charakteristische Merkmale der politischen Propaganda der Partei. Auffallend ist, daß nur wenige der ausgestellten Plakate die im Ausschreiben geforderte überzeugende Werbung für die Partei in sich tragen. Wohl sind einige werbeschulisch und sachlich sehr gut wirkende Plakate vorhanden, aber sie bringen doch nicht die völkerverbindende Idee und den Massencharakter der Partei so zum Ausdruck, daß sie auf alle Volksschichten anziehend wirken. Das trifft auch auf den von der Jury ausgewählten Ersten Preis zu, der mit den einfachen Worten „in die Sozialdemokratie“ in weißer Schrift und rotam S auf schwarzem Grunde weicht auf die Partei aufmerksam macht, der auch die Massen wirkungsvoll andeutet und technisch durchgeführt ist, aber dennoch nicht überzeugend genug gestaltet erscheint. Der Zweite Preis zeigt einen sehr guten Holzschnitt, in dem auch Bewegung liegt. Er würde sich aber untrere Kraftens besser für ein Kunst-

plakat eignen, als für politische Propaganda. Hier sei gleich bemerkt, daß eine große Anzahl von Plakaten für verschiedene andre Werbewerke wohl geeignet erscheint, aber für den gedachten daneben trifft. Am besten erfüllt den Zweck noch der Erste Preis des Kleinplakates, der mit verhältnismäßig einfachen Mitteln den Willen zur Tat erkennen läßt und den Beschauer zum Eintritt in die Partei förmlich zwingt. Der Gesamtindruck wird aber auch bei ihm durch die Schriftgruppe beeinträchtigt. Die in der Gebrauchsgraphik angewandte Photographie fehlt natürlich auch bei den Plakaten nicht; aber leider ist kein Entwurf darunter, der Gnade vor der Jury gefunden hätte.

Die textliche Gestaltung läßt bei vielen Plakaten das Treffende und Charakteristische der Bewegung vermissen. Oft ist der Text zu unbestimmt oder er bildet eine glatte Wiederholung des bereits bildlich ausgeprägten Symbols. Bezeichnend ist jedoch, daß bei der Mehrzahl der Entwürfe der Gestaltung der Schrift wenig Beachtung geschenkt worden ist. Mancher Entwurf hätte entschieden gewonnen, wenn der Verfasser mehr Wert auf die Durcharbeitung der Schriftformen gelegt hätte. Es ist das eine Erscheinung, die auch in einem zu gleicher Zeit im Lichthof des Berliner Kunstgewerbemuseums ausgetragenen Plakatwettbewerb des „Neuen Stuttgarter Tagblattes“ zu beobachten ist. Auch hier ist die Schrift oft zu nebenächlichlich behandelt worden.

Neu bei dem Ausschreiben der SPD ist übrigens die Mitwirkung der Ausstellungsbesucher an der Beurteilung der Plakate. Jedem Besucher ist Gelegenheit gegeben, seine Stimme zugunsten dieses oder jenes Plakates abzugeben. Dadurch erhält auch der demokratische Gedanke in der Sozialdemokratie einen sichtbaren Ausdruck. Es dürfte interessant sein, zu erfahren, welcher Entwurf hier das Rennen gewinnt. Dem glücklichen Künstler winkt übrigens die oben angegebene Zufahrprämie. Wir wollen hoffen, daß bei der Wahl des zur Ausführung kommenden Plakates eine befriedigende Lösung gefunden wird.

(Fortsetzung von Seite 178.)

den Kongreß des Verbandes der graphischen Arbeiter Rumäniens abzuordnen. Andre Einladungen sind zeitlich weiter entfernt und sollen zu geeigneter Zeit besprochen werden.

Einige interne Fragen betreffend den internationalen Kongreß wurden besprochen und die nächste Sitzung der Berner Kommission zur Festlegung der Tagesordnung für die Sitzung der „Erweiterten“ auf den 17. April festgelegt.

Österreich. Mit einer schon lange nicht dagewesenen Massenversammlung der Wiener Buchdruckerarbeiter wurde der Kontakt zur Tarifrevision in die Wege geleitet. Reichsvereinsobmann Weigel referierte über die Grundlinien der Tarifrevision. Die Tarifbewegung wurde vom Graphischen Kartell geführt werden und müsse trotz der mißlichsten wirtschaftlichen Verhältnisse auch diesmal von dem Gedanken einer Verbesserung der Arbeitsverhältnisse getragen sein. Vor allem sei die Schaffung eines Manteltarifs für die vier dem Kartell angeschlossenen graphischen Verbände mit gleichen allgemeinen Bestimmungen zu erstreben, der allerdings bisher von den Unternehmern immer beharrlich abgelehnt wurde; die tariflichen Bestimmungen müssen klarer gefaßt, die Lohnverhältnisse im ganzen Bundesgebiete einheitlich gestaltet werden, da die bisherigen Spannungen erwießenermaßen unbegründet sind. Infolge des stetig steigenden Fremdenverkehrs seien die Lebensverhältnisse in der Provinz die gleichen wie in der Bundeshauptstadt, in vielen Fällen in der Saison sogar schlechter. Auch die Lehrlingskata ist zu reformieren, wozu speziell die Pragis kleiner und kleiner Betriebe zwingt, die zülfühllose Befestigungsindustrie betreiben und den Arbeitsnachweis sorgfältig mit schlecht ausgebildeten jungen Geistes besetzen. Anträge zu Änderungen der Spartenbestimmungen haben die Sparten selbst zu stellen, wobei jedoch als Grundlag gette, daß in jedem Falle das Allgemeininteresse gewahrt bleiben müsse. Nach Sitzung der gestellten Änderungsanträge zum Tarif durch den Zentralausschuß werden diese dann einer allgemeinen Versammlung unterbreitet, die sie dann annimmt oder ablehnt. Kollege Weigel streifte die abgefallene Tarifrevision in Deutschland und bezeichnete im allgemeinen die Situation wegen des dort bestehenden Schlichtungswesens organisatorisch günstiger als in Österreich, was zu einer gewissen Vorsicht bei der Stellung von Änderungsanträgen zwingt. Die kommenden Zeiten seien sehr ernst. Die Organisation werde versuchen, mit den Unternehmern im Sinne der Wünsche der Kollegenschaft sich friedlich auseinanderzusetzen. Die Organisation werde man aber mit den ihr zweckdienlich erscheinenden Mitteln zur entschlossensten Abwehr bereit finden, wenn der scharf-macherische Künigler der Unternehmer — dem man anscheinend die Fiktion der Tarifrevision überlassen will — zum Kampfe drängen und versuchen sollte, Beschäftigten des Tarifs aufzuzwingen. Zum Schluß warnte Kollege Weigel noch vor den falschen Freunden (vereinigt in der kommunistischen Zelle, die sich „Opposition der graphischen Arbeiter“ nennt), die in Verfolg ihrer anbesonnenen Ziele Anträge stellen, von denen sie von vornherein ganz genau wissen, daß sie zum Konflikt führen müssen. — Die Freie Vereinigung der Maschineniker und Monotypisten bedrängte in ihrer Jahresversammlung, daß ihr in Wien von 90 Maschinenikern 75 angehören; der große Teil der noch nicht erfaßten 15 Kollegen befindet sich bei den Zeitungen in den Inseratenabteilungen und ist nur während des Urlaubs an der Maschine tätig. Die Berufskommissionen an der Linotype als auch am Typograph hatten einen vollen Erfolg; die Anfängerkurse an der Linotype brachten für die Teilnehmer jedoch nicht den erhofften Erfolg, da sie infolge des Angebots von arbeitslosen Linotypisten nicht zur Vermittlung gelangten. Die Absolventen des Typograph-Anfängerkurses gelangten zwar zur Vermittlung, doch verlangten die Unternehmer unbestimmt um die kurze Ausbildungszeit schon höhere Leistungen. Durch Intervention bei Behörden wurde die geschäftsmäßige Verfertigung und Lieferung von Maschinen für fremde Druckereien unterbunden und auch für die Zukunft diesem Unfug schärfste organisatorische Abwehr in Aussicht gestellt. Einen besonderen Tagesordnungspunkt bildete die Aktion der im Wiener Gremium vertretenen Unternehmer und der Typograph-Schmashmaschinenfabrik gegen die Maschineniker. Die bisherigen Kurse, sowohl an der Linotype als auch am Typograph, wurden immer paritätisch, also im Einvernehmen mit den Unternehmern und im Rahmen der neutralen Industriellen Bezirkskommission, klaglos durchgeführt. Unbekümmert um diese feinerzeitigen Abmachungen eröffnete jedoch kürzlich das Wiener Gremium Typograph-Anfängerkurse in der staatlichen Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt, die in erster Linie und nahezu ausschließlich Prinzipalen und deren Angehörigen, also auch Berufsfremden, vorbehalten sind. In drei Kurfen täglich, also afformmäßig, wird „ausgebildet“. Die Kurse in dieser Form und vor der Tarifrevision zeigen ihr eigentliches Ziel: Vorbereitung zu einer Revision des Tarifvertrags auf staatlichem Boden. Dieser offensichtliche Mißbrauch einer staatlichen Lehranstalt für reine Unternehmerinteressen veranlaßte die Organisation zu einem energischen Protest sowohl bei der Direktion dieser Anstalt als auch beim Handelsministerium, dem diese unterstellt ist. Bei der Infalligkeit dieser Kurse leitete die Berner Typograph-Schmashmaschinenfabrik hitzige Unterstufung. Wie skrupellos sich die Unternehmer für einen eventuellen Konfliktfall bei der bevorstehenden Tarifrevision vor-

bereiten, wurde weiter durch einen frassen Mißbrauch des Vorarlberger Buchdruckereiums bekannt, das einem Prinzipalsohn, der kein gelernter Buchdrucker ist, ein gefälschtes Lehrgewiss ausstellte, mit dem dieser seine Aufnahme in die Stuttgarter Schmashmenschule durchsetzen wollte.

Schweiz. Der Gesamtarbeitsvertrag für das schweizerische Buchdruckergewerbe ist gekündigt. Auf der außerordentlichen Delegiertenversammlung des Typographenbundes in Bern ist, wie hier schon mitgeteilt wurde, dem Zentralkomitee der Auftrag gegeben worden, zu versuchen, durch eine Revision gewisser Artikel eine Kündigung zu vermeiden. Man hoffte dadurch den großen Apparat der Tarifkommission umgehen zu können und nur durch eine Kontrahentenkonferenz die revisionsbedürftigen Bestimmungen abzuändern. Das Zentralkomitee kam den ihm erteilten Auftrag nach und unterbreitete dem Vorstand des Schweizerischen Buchdruckervereins diese Anregung. Aus dem Antwortschreiben der Prinzipalsorganisation ging hervor, daß deren Vorstand eine Revision ohne Kündigung nicht absolut von der Hand weisen wollte; aber man wollte vor einem definitiven Entscheid erst sämtliche Änderungsanträge des Typographenbundes kennen lernen. Dieser Vorbehalt war für das Zentralkomitee nicht erfüllbar, weil es selbst noch nicht alle Anträge der Gewerkschaft kennt. Immerhin wurde den Prinzipalen erklärt, daß es sich nicht um Forderungen handeln wird, die nicht diskutierbar oder für das Gewerbe unerträglich wären. Am jedoch die Frist nicht zu versäumen, wurde der Gesamtarbeitsvertrag auf den 31. August 1930 gekündigt. Die große Tarifkommission wird sich nun an die Arbeit machen und die Forderungen formulieren. Es ist zu hoffen, nicht zuletzt im Interesse des Gewerbes selbst, daß die kommenden Tarifverhandlungen unter andern Zeichen als 1929 vor sich gehen werden. Eine Verständigung sollte möglich sein. — Die größten Feinde der Arbeitergewerkschaft, die Kommunisten, machen sich wieder bemerkbar. In der Sektion Basel, die immer schon unter diesen Treiberen zu leiden hatte, hat man es verstanden, dem großen Teil der Kollegen den Versammlungsbesuch zu vereiteln und dadurch die Zellengenossen in den Vorstand zu bringen. Der Präsident Wöhler war im letzten Jahr sogar in Moskau, um dort neue Direktiven in Empfang zu nehmen. Offen magten er und seine Genossen zwar nicht so stark hervortreten, dafür wurde hinterherum fleißig gearbeitet, Zellen und Fraktionen gegründet, um den Verband zu unterminieren. Nun hat sich endlich die Sektion Basel aufgerafft, es war genug. In einer stark besuchten Versammlung wurde mit den Kommunisten abgerechnet und die ganze Gesellschaft aus dem Vorstand hinausgeworfen. Das Zentralkomitee des Typographenbundes hat sich in einer Bekanntmachung ebenfalls mit den kommunistischen „Mittelstufen“ befaßt und eine letzte, nicht mißzuverstehende Warnung erlassen. „Nicht diese Mittelstufen, so wird, es mit den Brüdern vergifteten kurzen Prozeß machen und sie auf Grund der Beschlüsse in Biel und der Verbandsstatuten ohne Federlesens vor die Tür setzen. Elemente, die nur darauf ausgehen der Verbandsleitung und den Sektionsvorständen die Arbeit zu erschweren und den Kollegen den Versammlungsbesuch zu vereiteln, sind ein Schaden für die Organisation. In der Abstimmung vom 3. März 1922 hat der Typographenbund mit erdrückender Mehrheit beschlossen, daß die Zugehörigkeit zu den kommunistischen Fraktionen und Zellen mit der Mitgliedschaft des Bundes nicht vereinbar sei, und daß das Zentralkomitee das Recht habe, solche Mitglieder, die diesem Beschluß zuwiderhandeln, von sich aus auszugliedern. Bei dieser Gelegenheit nur ein Beispiel, wie „qu“ es die Kommunisten mit der Arbeitergewerkschaft meinen. Am 8. April hat das Schweizerrot über das neue Alkoholgesetz abgestimmt. Es handelt sich um eine Besteuerung des Schnapzes, was doch sicher kein Unglück ist. Der Ertrag soll zur Finanzierung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung dienen, die, besonders für die Arbeitergewerkschaft, dringend nötig ist. Und nun ist man in den Kreisen der Kommunisten niedrig genug gesinnt, gegen die Alkoholvorlage zu agitieren und dadurch der Arbeitergewerkschaft in den Rücken zu fallen.

Norwegen. Die Tarifverhandlungen für die Zeitungsberiebe in Oslo Mitte März führten zu einem Vorschlag, der von den Unterhändlern beider Parteien gutgeheißen wurde. Der Vorschlag geht im wesentlichen auf Beseitigung der alten Bedingungen aus. In einer Mitgliedschaftsversammlung des Ortsvereins Oslo am 18. März wurde jedoch der Vorschlag abgelehnt. Daraufhin wurde der Tarif zum Ablaufstermin am 31. März gekündigt. In einer neuen Versammlung, wo alle Beteiligten über die Sache entscheiden sollten, wurde die Arbeitseinstellung mit mehr als der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen. Infolgedessen ist in allen Tageszeitungen zum 11. April gekündigt worden. 310 Verbandsmitglieder kommen in Betracht. Da jedoch das Gesetz über Arbeitszufuhr Vermittlungsverhandlungen von Staats wegen vorsieht, ist eine Verzögerung oder eine Vermeidung des Streiks wahrscheinlich.

Großbritannien. Mitte März hat der „Daily Herald“, das Zentralorgan der englischen Arbeiterpartei, eine Umwandlung zu einer großen Tageszeitung mit täglich 20 Seiten erfahren. Das neue Blatt ist um eine volle Spalte breiter als das alte und sein Umfang hat sich mehr als verdoppelt. Es bietet an Lesstoff, Bildern, Neuigkeiten, Inseraten usw. mindestens ebenso viel wie jene Zeitungen, die bisher in England das Feld beherrschten. Schon an der äußeren Aufmachung erkennt man, daß der neue „Daily Herald“ mit den modernsten Mitteln der Zeitungstechnik hergestellt wird. Verlag,

Redaktion und Druckerei haben übrigens ein ganz neu hergerichtete fünfstöckiges Mißgebäude bezogen, das im Herzen von London liegt und mit dem Zeitungsverlagshaus Odhams Brothers durch einen mächtigen Schwibbogen verbunden ist. Der neue „Daily Herald“ erscheint für ganz England in einer Auflage von über einer Million. Diese Leserschaft ist auf Grund einer monatelangen Propaganda durch die englischen Gewerkschaften bereits erreicht worden. Im Sommer wird in Manchester eine für Nordengland und Schottland bestimmte Ausgabe, die bis auf die mehr lokalen Nachrichten mit der Londoner identisch sein wird, regelmäßig erscheinen, während zur Zeit noch ganz Großbritannien durch drei verschiedene in London hergestellte Ausgaben versehen wird. Entsprechend den Ankündigungen trägt der neue „Herald“ in noch stärkerem Maße als bisher den Charakter eines Boulevardblattes, wie es die englischen Massen bevorzugen. Der politische Teil ist zurückgedrängt, doch ist und bleibt auch der neue „Daily Herald“ das Organ der Labour Party und der Gewerkschaften, denen er zur Hälfte gehört und von denen er politisch ausschließlich kontrolliert wird. In ihren Gildkäuf-Artikeln haben Macdonald, Lansbury und andre Führer der britischen Arbeiterbewegung diese Rolle des neuen „Daily Herald“ als Sprachrohr und Interessenvertreter der sozialistischen und gewerkschaftlichen Massen ausdrücklich unterstrichen. Der Preis des Blattes beträgt nach wie vor nur einen Penny (etwa 8 Pf.).

Korrespondenzen

Wachen. (Drucker.) Unsere Versammlung am 15. März hatte einen guten Besuch zu verzeichnen, überhaupt ist festzustellen, daß das Verhältnis im hiesigen Druckerverein als gut zu bezeichnen ist. Unter „Geschäftlichen Mitteilungen“ kam der Vorsitzende Weidlichhoff u. a. auf die Manteltarifverhandlungen zu sprechen und behauptete aus lebhaftester für Wachen reduzierter Sozialaufschlag. Aber auch nur einigermaßen die Verhältnisse im hiesigen Blage kennt, weiß, daß hier in einem internationalen Kurs und Bader keine zu roffenen Zustände sind, und es ist gut zu verstehen, daß manch derbes Wort über den neu gekündigten Beschluß geäußert wurde. Unter „Technischem“ hielt Kollege Walden einen gut durchgearbeiteten Vortrag: „Zum Solzhchnitt zum Farbenbruck“. Redner verstand es meisterhaft, in seinem fast einständigen Referat die Mitglieder zu fesseln. Manches Wissenswerte und Belehrende konnten die Mitglieder mit nach Haus nehmen. Eine Anzahl Farbenbrude verschiedener Farbenfabriken lagen zur Ansicht aus, wofür den Firmen der Dank ausgesprochen wurde.

Mannberg-Wachholz. (Bierkellner.) Guten Besuch wies unsere Hauptversammlung am 12. Februar auf. Vom Vorsitzenden wurde ausführlicher Bericht von den Geschäften und Arbeiten des Jahres 1929 gegeben. Aus dem vorliegenden Kassendbericht war zu entnehmen, daß infolge der durchschmittlichen überprozentigen Arbeitslosigkeit und dem damit verbundenen Beitragsrückgang keine nennenswerten Überschüsse erzielt wurden. Der Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt. In der Versammlung am 15. Februar wurde der Kassierer zur Hauptversammlung der Unterstützungsaußschüsse nach Gemüth delegiert. Eingehend durchgesprochen wurden die Anträge zu den Manteltarifverhandlungen wie auch die Vorstellen zur Betriebsratswahl. — Aber 20 Kollegen führten am 9. März zur Bezirksversammlung nach Chemnitz. — Das Ergebnis der Tarifverhandlungen fand in der Versammlung am 15. März ausgiebige Erörterung und Stellungnahme, wobei Einverständnis mit dem Erreichten zum Ausdruck kam. In einem Kurzus der Wirtschafts- und Betriebsratschule ist Beteiligung zu verzeichnen.

Bremen. (Handseker.) In unserer Versammlung am 12. März gedachte Vorsitzender Harmening mit erheben Worten eines verstorbenen Kollegen. Unter „Vorstandsmittlungen“ wurde die Neugründung des Ortsvereins Begaß im Bezirk Weser-Elbe bekanntgegeben und allseitig begrüßt. Vorgelesen ist für den 6. April eine Abendvorstellung zur Werbung der Handsekerlehrlinge, die in diesem Jahre austern. Aus diesem Anlaß soll versucht werden, den auf der „Bressa“ gehaltenen Verbandsfilm nach Bremen zu bekommen. Anschließend heran gab Kollege Ulrich den Bericht von der ersten Handseker-Vorstandskonferenz des Gaues Nordwest in Bremen, der von der Versammlung mit Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Die dort gefaßten Beschlüsse fanden allseitige Zustimmung. Nachdem die Wahl eines Kassierers vorgenommen war, referierte Kollege Dsmers über: „Was bringt der Manteltarif uns Handseker?“ Ausgehend von den im „Korr.“ veröffentlichten Anträgen der Prinzipale und Gehilfen mußte man eingestehen, daß der Kampf um unsern Tarif sicherlich kein leichter gewesen sei. Besonders beachtet werden mußte die Neufassung des § 3 Abs. 7, wonach Handseker nicht entlassen werden können, wenn Maschineniker aus Arbeitsmangel im Handtag beschäftigt werden. Aber auch die andern, kleineren Verbesserungen des Tarifs wirkten sich zugunsten der Handseker aus. Der Referent führte dann noch die Verhandlungen über Arbeitszeitverlängerung, Überstunden, Lehrlingskata usw. an und beendete sein Referat mit dem Ausdruck, daß wir unter den jetzigen Verhältnissen wohl dem neu abgeschlossenen Tarif unsern Zustimmung geben könnten. Aber „Ein Tag des Bundes“ sprach Kollege Elmers, der an Hand von Vergleichen zwischen den Preisen im Buchhandel und der Bildergilde Gutenberg die Leistungsfähigkeit der Bildergilde bewies. Jeder müsse seine Pflicht tun und mit aller Kraft für die Gilde werben. Mit dem Dank des Vorstehenden an die Referenten fand die Versammlung ihren Abschluß.

Breslau. (Drucker.) Unsere Hauptversammlung fand am 23. Februar statt. Zunächst ergriff die Versammlung sich im Vorjahr vorstehende Kollegen. Darauf gab Vorsitzender Töpfer seinen Bericht über die Tätigkeit des Vereins im Jahre 1929. Die rege Mitarbeit der Mitglieder selbst und die Tätigkeit bei den Vorstand berufenen Kollegen brachten es fertig, die Wünsche aller

Kollegen zu befriedigen zum Wohle der Sparte und im beruflichen Interesse eines jeden Kollegen selbst. Der Kasienbericht des Kollegen Ernst, der gedruckt in die Hände der Mitglieder gelangte, ergab ein zufriedenstellendes Bild über die Kasienführung, und es wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Kreisvorsitzender Franke gab noch einen Überblick über die Tätigkeit des Kreisvorstandes mit dem dem Kreis angehörenden Vereinen. Nachdem dankte Vorsitzender Töpfer allen den Kollegen, die dem Vorstand angehörten, für ihre geleistete Arbeit im Interesse des Vereins und besonders dem Kollegen R. Weber für die Förderung der beruflichen Fortbildungsbestrebungen in seinem Amte als Obmann der Technischen Kommission. Bei der Wahl des Vorstandes wurden fast alle Kollegen einstimmig wiedergewählt, nur für einzelne Kollegen der Technischen Kommission und für den zurückgetretenen zweiten Vorsitzenden sowie für einen Beisitzer, der durch Tod ausgeschieden ist, mußten Neuwahlen stattfinden. Einstimmig wurde beschlossen, allen inaktiven Kollegen auch dieses Jahr eine einmalige Spende von 10 M. zu geben, wie es bereits in früheren Jahren der Fall war. Ferner der Witwe eines verstorbenen Beisitzers für seine langjährige Tätigkeit im Vorstande des Vereins eine einmalige Zuwendung von 15 M. Nach Erledigung der Kalenderverteilung und einiger lokaler Angelegenheiten fand die von 58 Kollegen besuchte Versammlung ihren Abschluß.

Gera. Untere Bezirksversammlung am 16. März von 130 Mitgliedern besucht (darunter fünf Durchreisende); als Gast wohnte ihr der Gauleiter der Hilfsarbeiter Thüringens, Kollege Wambacher (Erfurt), bei. Vertreten waren die Orte Luma, Bad Köstritz, Gera, Klosterlausnitz, Müchendorf, Ronneburg, Triebes, Triptitz, Weida, Müchendorf, Schlegel und Zeulenroda. Nicht vertreten waren die Kollegen der Geraer Firmen Gerth & Oppenrieder, H. Schmidt, Dittes, Wesselmann-Böhler-Co., Gebhardt Kaff., Frieden, Telle, Zollert; von den Bezirksorten war Langenberg nicht vertreten. Zu Anfang der Versammlung gedachte der Vorsitzende W. Franke der Opfer des Märzstreiches im Jahre 1920 und der im abgelaufenen Jahre verstorbenen acht Kollegen. Sodann begrüßte er die erschienenen Kollegen aus Schleiz, welcher Ort seit Anfang 1930 wieder zu unserm Bezirk gekommen ist. Nach verschiedenen geschäftlichen Mitteilungen erstattete dann der Vorsitzende Bericht über die Manteltarifverhandlungen, dabei die hauptsächlichsten Bestimmungen erwähnend, die uns wohl einige Verschlechterungen, aber trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage im Gewerbe auch mehrere Verbesserungen des Tarifs gebracht hätten. Keinesfalls seien die Prinzipale mit ihren vielen Verschlechterungsanträgen auf ihre Kosten gekommen. Überaus bedauerlich sei, daß die Prinzipale dem Antrage, angesichts der großen Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe seit etwa 18 Monaten die wöchentliche Arbeitszeit herabzusetzen, ihre Zustimmung verweigerten. Anschließend berichtete der Vorsitzende noch über die auf der Bezirksvorsitzertiskonferenz gefassten Beschlüsse. Es folgten dann die Jahresberichte. Aus dem des Vorsitzenden war zu entnehmen: Das Jahr 1929 war für uns Buchdrucker hinsichtlich der Beschäftigungsmöglichkeit überaus schlecht, speziell im Bezirksort Gera, wie es seit Jahrzehnten nicht zu verzeichnen war. Auch der Herbst brachte keine große Besserung, wenn auch vor Weihnachten mehrere Kollegen auf einige Wochen Arbeit fanden, und so wurde ein großer Teil der Arbeitslosen sowohl in der Verband- als auch in der staatlichen Unterstützung ausgezweigt. Am Schluß des Jahres waren 301 Mitglieder und 72 Mitglieder der Lehrlingsabteilung vorhanden. Die Zahl der Inaktiven stieg von 14 am Anfang auf 22 am Schluß des Jahres. Die Kasienabfälle lagen gedruckt vor. Die Beitragszahl zur Verbandskasse ging von 13.810 des Vorjahres auf 12.240 im Jahre 1929 zurück. Die Jahresberichte wurden debattelos entgegengenommen. Die Versammlungsteilnehmer erhielten antwagsgemäß außer dem Jahrgeld noch 1 M. Jahrgeld. Der Beitrag zur Bezirkskasse und ihre Leistungen blieben auf Vorjahr des Vorstandes die gleichen wie im Vorjahre. Unter „Beschwerden“ wurden dann noch mehrere Angelegenheiten besprochen und als Ort der nächsten Versammlung Ronneburg gewählt. Der Bezirksversammlung vorausgegangen war eine Befestigung des neuen Betriebes der Leipziger Buchdruckerei, Abteilung Gera („Dichtlinger Tribüne“), durch die auswärtigen Teilnehmer.

Greifswald. In unserer Frühjahrs-Bezirksversammlung am 16. März gedachte der Vorsitzende W. Franke zuerst vier im letzten Halbjahr verstorbenen sowie anschließend des Volkstrauertages der im Weltkrieg gefallenen Kollegen. Als Gäste begrüßte er sodann unsern Gauvorsitzer G. Reinke (Stettin) und den Vorsitzenden der Handfegervereinigung, Kollegen Boldt (Stettin). Anwesend waren 170 Kollegen, und zwar Anklam mit 7, Barth mit 4, Demmin mit 11, Grimmen mit 15, Borch mit 2, Paterlinde mit 2, Torgelow mit 2, Swinemünde mit 18, Uckermark mit 7, Sagnitz mit 1, Straßund mit 58, Wolgast mit 4 und Greifswald mit 39 Kollegen. Nicht vertreten waren Richtenberg und Treprow a. d. Toll. Den Jahresbericht — der aus Sparmaßnahmen dieses Jahres nicht gedruckt vorlag — erstattete der Vorsitzende; betont, daß auch in unserm Bezirk eine große Arbeitslosigkeit herrsche und daß jeder Kollege bestrebt sein müsse, überflüssigen zu vermeiden, damit die Arbeitslosen dem Produktionsprozeß bald wieder zugeführt werden können. Die Einführung der Lehrlingsordnung in Regierungsbezirk Straßund sei immer noch nicht erfolgt und die Verhandlungen seitens der Handwerker sind tatsächlich in Stoden geraten. Staunen erregte die Mitteilung, daß die Prinzipalorganisation ihrer Mitglieder mit 100 M. Geldstrafe bedroht, wenn sie die Lehrlingsstaffel nicht voll ausnützen. Sogar Saisonbetriebe, die doch nach der Saison folgen lassen müssen und nicht mal für den Besitzer selber was zu tun haben, und darum auch gar keinen Lehrling bekommen können, wurden mit dieser Strafandrohung bedroht. Also werden auch wir ein wichtiges Augenmerk haben müssen, damit die Staffel auch nicht um einen Lehrling überschritten wird. Den Kasienbericht, der mit einem Bestand von 522 M. am 1. Januar 1930 abschloß, erstattete Kollege Herzfeldt. Über die Lehrlingsabteilung berichtete Kollege Poischberg. Er führte

aus, daß fast alle Lehrlinge im Bezirk der Abteilung angefallen sind. Im Herbst wird in Greifswald ein Lehrlingstag stattfinden. Eine Kritik wurde nicht geübt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Nunmehr referierte unser Gauvorsitzer über die Manteltarifverhandlungen. Wenn er auch nicht mit großen Erwartungen anlässlich der heutigen wirtschaftlichen Lage aufwarten konnte, so seien doch die vielen Verschlechterungen, die uns die Prinzipalorganisation gebracht hätten, abgewehrt worden, ja es seien noch manche Verbesserungen erreicht. Reicher Beifall lohnte ihn für die überzeugenden Ausführungen. Der Antrag Swinemünde, jährlich nur eine Bezirksversammlung abzuhalten, verfiel der Ablehnung. Ein Antrag der neugegründeten Ortsgruppe Straßund der Handfegerpartei um Gewährung einer Gelbunterstützung wurde als zu weitgehend, da dann auch andere Sparten dasselbe Recht zu fordern würde, ebenfalls abgelehnt. Zum Schluß richtete Kollege Boldt (Stettin) noch einige aufklärende Worte betreffs der Handfegerpartei an die Versammlung und forderte die Kollegen auf, sich dieser anzuschließen. Als nächster Tagungsort wurde Straßund gewählt.

Hannover. (Stenotypener, Galvanoplastiker und Schriftgießer.) Am 9. März fand hier unsere Generalversammlung statt. Sie war gut besucht, denn es hatten sich aus Hannover 50, Braunschweig 11, Hildesheim und Osnabrück je ein Kollege eingefunden. Nach Bekanntgabe einiger Vereinsmitteilungen, von denen besonders das kürzlich in Kraft getretene Maternaausfuhrverbot einen breiten Raum einnahm, erstattete Vorsitzender Franke seinen ausführlichen Jahresbericht. Der anschließende Kasienbericht ergab einen ansehnlichen Überschuss, und dem Kassierer wie auch dem Gesamtvorstand wurde Entlastung erteilt. Nach Festlegung der Entschädigung für den Vorstand hielt der Vorsitzende ein ausführliches Referat über unsere Sonderbestimmungen im neuen Tarif. Er forderte zum Schluß die Anwesenden auf, für die Annahme des Tarifs zu stimmen, da augenblicklich nichts Besseres an seine Stelle zu setzen sei. Über den nächsten Punkt, „Vorstandswahl“, entspann sich eine lange, teilweise recht bewegte Debatte, bei der Kosten des Vorsitzenden von einer sogenannten Opposition anders befehrt werden sollte. Die Aussprache klang dahin aus, daß der Gesamtvorstand einstimmig wiedergewählt wurde. Für die im Sommer stattfindenden außerordentlichen Generalversammlungen wurden seitens des Vorstandes Wandlerverhandlungen vorgeschlagen und als Ort der nächsten die schöne Harzstadt Goslar gewählt. — Am Abend fand im Vereinslokal ein kollegiales Beisammensein mit Damen statt, bei dem wir mit unsern auswärtigen Kollegen noch einige gemütliche Stunden verlebten.

Allgemeine Rundschau

Warnung vor Maschinenlehrkursen. Wie wir einer Mitteilung aus Münster entnehmen, hat die frühere Firma Linotype-Lohnfabrik in Warzendorf i. W., die auch für ihre Maschinenlehrer-Lehrkurse kräftig die Werbetrommel rührt, das „Feldje“ verloren. Trotz der, dafür verlangten unterhältnismäßig hohen Beiträge und ungedeckter Verluste, „Wahlungen im „Kor.““ der der Warzendorfer Schnellleider, fanden sich doch immer wieder Kollegen, die weite Reisen zurücklegten, um schwer enttäuscht alsbald wieder abzusampfen. Nun hat der allgemeine Dalles dem „Institut“ den Garaus gemacht, vorläufig wenigstens. Schon spült die Gründung einer neuen Lohnfabrik in Münster oder in besser unmittelbarer Nähe, die zweifellos auch wieder in Maschinenlehrausbildung münden wird. Im allgemeinen sei aus diesem Anlaß wiederholt, was früher schon zur Maschinenlehrausbildung von uns gesagt worden ist. Maschinenlehre zu werden, um damit die Verdienstmöglichkeit zu steigern, ist ein durchaus begrifflicher Wunsch vieler Handfeger. Die Zeit, in der die Aufstellung von Gesmachsinen spontan einen größeren Umfang annahm und das Anlernen von Handfegern selbst von der Maschinenlehrepartei empfohlen wurde, ist aber vorüber. In fast allen Städten sind heute arbeitslose Maschinenlehre vorhanden, ein Umstand, der mit auf die Ausbildung in den Schulen zurückzuführen ist. Wenn die Kollegen dort auf Kosten von Firmen ausgebildet werden und dann anschließend im Betrieb Verwendung finden, ist dagegen nichts einzuwenden, weil die anzulernenden Gehilfen gemäß Tarif dem eignen Personal entnommen werden sollen. Ein auf diese Weise angelegter Kollege wird in der Regel ein brauchbarer Maschinenlehre werden. Etwas anders ist es, wenn Handfeger auf eigene Kosten einen Kursus in Gesmachsinen absolvieren. Nach Beendigung wird es heute in den wenigsten Fällen gelingen, anschließend an den Kursus eine Stelle zu erhalten, in der die erworbenen Kenntnisse verwendet und erweitert werden können. Es ist unter diesen Umständen nicht zu empfehlen, Maschinenlehre auf eigene Kosten zu besuchen und neben der großen Enttäuschung auch noch sauer erparzte Groschen zu opfern. Soweit die Ausbildung zum Maschinenlehre im Betrieb erfolgt, muß diese innerhalb der täglichen tariflichen Arbeitszeit geschehen, und während der Ausbildungszeit ist der bisherige Lohn, mindestens aber der Tariflohn, zu zahlen. Eine Ausbildung innerhalb des Betriebes ohne Entgelt nach Feierabend ist unartiglich gemäß einem Reichsgerichtsentscheid vom 24. Januar 1928.

Zum Arbeitszeitproblem. Für den Achttundentag hat die Arbeiterklasse jahreslang demonstriert und gekämpft. Er ist in Deutschland zwar noch nicht reiflos, aber doch in weitem Maße durchgeführt worden. Das große Heer der Arbeitslosen, die grandiose Entwicklung der Technik lassen die Notwendigkeit und Möglichkeit erkennen, daß der Arbeitsstag noch weiter verkürzt werden kann. Der Verfasser einer kürzlich erschienenen Schrift über das Problem der Arbeitszeit, Dr. Max Ernst, äußerte sich zur Arbeitszeitverkürzung u. a. folgendermaßen: „So wird und muß schließlich unweifelhaft auch eine Zeit lang, vielleicht noch in diesem Jahrhundert, herausreifen, da der Achttundentag zu lang erscheint und die von der Menschheit zu leistende Arbeit auch in kürzerer Zeit bewältigt werden kann, ohne daß die Produktion und die menschliche Kultur darunter leiden. Dann wird ein immer größerer Teil des Tages anderweitig dem menschlichen Fortschritt gewidmet

werden können und schließlich nur noch eine fünfstündige Vormittagszeit für die tägliche Berufs- und Berufsarbeit erforderlich sein, mithin ein Fünftundentag zur Bewältigung derjenigen Arbeitslast genügen, welche jetzt noch in acht Stunden geleistet werden muß. Leicht und Maschinen werden alsdann dem Menschen die rohe Muskelkraft so weit abgenommen haben, daß für seine geistigen Leistungen mehr Zeit übrigbleiben wird als jetzt für die körperlichen Arbeiten, und die ganze arbeitende Menschheit wird dann folglich die Hälfte des Tages und somit die Hälfte ihres ganzen Lebens frei werden für eine Weiterentwicklung ihrer Geistes- und Herzensbildung und für ihre körperliche und geistige Erholung in der freien Natur.“ Es ist eine alte Erfahrung, daß sich eine kulturelle Förderung im Laufe der Zeit mit um so stärkerer Wirtschaft und Sicherheit durchsetzt, je unbeschäftigter und unmotivierter der Widerstand ist, der ihr entgegengestellt wird. Diese Erfahrung wird sich auch in der Frage der Arbeitszeitverkürzung als richtig erweisen.

Allgemeine Wohlfahrt und hohe Löhne. Der Weltmarkt wird jetzt von allen Industrieländern abgegrast. Damit schwindet mehr und mehr die Möglichkeit, den Produktionsüberschuss dort abzugeben, und immer mehr ergibt sich die Notwendigkeit für jeden einzelnen Staat, den eignen Markt kaufkräftiger zu machen. Diese Theorie wurde auch von einem Amerikaner, dem nachgehenden Stahlindustriellen der Vereinigten Staaten, Griffith, nach seiner Rückkehr von einer Europareise sehr überzeugend wie folgt vertreten: „... Jedes Industrieland erkennt heute an, daß die amerikanische Wohlfahrt auf hohen Löhnen basiert. Die Engländer, Franzosen und Deutschen geben ferner zu, daß die Summe unserer Lohnzahlungen unsere gewaltige nationale Kaufkraft ausmacht. Sie wissen ferner, daß das Maß von Lohnerhöhungen im bestimmten Verhältnis zur Erhöhung der Produktion steht, doch sie können nicht begreifen, daß sie zur Erreichung unserer Stufe der nationalen und industriellen Wohlfahrt zuerst die Kaufkraft ihrer heimischen Märkte vervielfachen müssen, daß sie ihre eignen Arbeiter zu ihren Kunden machen. Was sie auch Gegenteils sagen mögen über die wünschenswerten und schließlich hohen Löhne, so betrachten sie trotzdem die Arbeitslöhne noch immer als den einzigen leicht beherrschbaren Punkt in den intellektuellen Kosten, und in gedrübten Zeiten passen sie Lohnsätze ohne Zögern nach unten hin an, ein Schritt, den der amerikanische Industrielle zurückstellen würde, bis daß alle anderen Hilfsmittel verfaßt hätten. Jede Verringerung der heimischen Kaufkraft vermindert die wirtschaftliche Latenz, die vielleicht den ausländischen Markt beeinflussen könnte. ... Die Deutschen bauen ihren heimischen Markt auf, weil sie in Wirklichkeit von nahezu allen andern abgeperrt gewesen sind. Bis jetzt gibt es bei ihnen aber noch keine nationale Überzeugung, daß Kaufkraft in den Massen liegt und daß der Fugen eher mit dem Umfang als mit der Erhöhung der Einheitspreise steigt. Ihre Produktionskenntnisse sind begrenzt, weil sie die Massenkraft im Lande nicht entwickelt haben.“ In Deutschland wird gegenwärtig die Frage erörtert, ob angesichts der Krise die Löhne und Gehälter in aller Höhe bestehen bleiben können. Die Unternehmer verschiedener Industrien gaben bereits offene Parolen zum Lohnabbau auf der ganzen Linie aus. Wie unwirtschaftlich und falsch das ist, dafür sind die angeführten Äußerungen des amerikanischen Industriellen ein Beweis. Viel wichtiger wäre es, durch allgemeine Steigerung der Massenkraft den unverkauflichen Warenmengen im Inlande Absatzgebiete zu erschließen.

Gesunde Grundlagen der deutschen Wirtschaft. Der Leiter der Darmstädter und Nationalbank, Jakob Goldschmidt, ging auch in diesjährigen Geschäftsbericht seiner Bank auf die mit der Wirtschaftsentwicklung zusammenhängenden Probleme ein und wandte sich gegen den Wirtschaftspessimismus. Über die Grundlagen der Wirtschaft äußerte sich der Bankfachmann u. a.: „Die produktionssteigernden und betriebswirtschaftlichen Grundlagen der deutschen Industrie sind gesund. In diesem Zusammenhang verdient auch die günstige Entwicklung der Zahlen der Handelsbilanz Erwähnung. Deutschland wurde in diesem Jahre zum zweitgrößten Exporteur der Welt. Das muß uns so höher bewerten werden, als es sich dabei nicht um eine Verschleuderung vorhandener Vorräte, sondern zum allergrößten Teil um Ausfuhr der Fertigerwarenindustrie handelt, die damit ihre Konkurrenzfähigkeit trotz aller Zollschranken bewiesen hat. ... Es ist auch bemerkenswert, daß der Anteil an der Weltausfuhr seit dem Jahre 1924 gleichmäßig gestiegen ist, nämlich von 6,5 Milliarden gleich 6,1 Proz. im Jahre 1924 auf 6,5 Milliarden gleich 11,2 Proz. im ersten Halbjahre 1929 und 6,5 Milliarden gleich 12 Proz. im dritten Vierteljahr 1929. Der Anteil der deutschen Ausfuhr an der Weltausfuhr betrug demgegenüber im Jahre 1913 13,0 Proz. Die Förderung des Exports darf freilich auf die Dauer nicht unter dem Druck eines nicht entwicklungsfähigen Inlandsmarktes erfolgen, denn die großen Produktionsstätten unserer Industrie bedürfen eines größeren Marktes auf einen großen Absatzmarkt im Inland.“ Diese Auffassung wird auch von den Gewerkschaften geteilt, weshalb sie sich konsequent für eine Stärkung der Massenkraft einsetzen.

Die Kriegsoffer zum Regierungsprogramm der neuen Reichsregierung. Wie uns vom Reichsverband Deutscher Kriegsoberbedienter und Kriegshinterbedienter e. V., Eich Berlin, mitgeteilt wurde, hat dieser aus Anlaß der Bildung des neuen Reichskabinetts dem Reichstanzler Dr. Brüning die besondere Berücksichtigung der Kriegsoberbedienten für die programmatische Regierungsankündigung in Erinnerung gebracht durch Übermittlung eines Telegramms, in dem es heißt: „Die deutschen Kriegsoffer — besonders die versorgungsberechtigten Kriegshinterbedienten — warten noch immer auf die ihnen zugesicherte Ausgestaltung des Versorgungsrechts. Sie hoffen zuversichtlich, daß die neue Reichsregierung sich diese Aufgabe im Rahmen ihres Regierungsprogramms zu eigen macht. Zur Mitarbeit an der in Vorbereitung befindlichen Reform der Versorgungsangelegenheiten wir uns bereit. Zweck und Ziel dieses Wunsches muß aber dem Sinne der Entscheidung des Reichstagsauschusses für Kriegsoberbedienten entsprechen, die bestehenden Rechtsansprüche der Versorgungsberechtigten nicht abzubauen.“

